Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 7

Artikel: Nach dem Gripen-Nein : Versuch eines Debriefings

Autor: Amiet, Lorenz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-515443

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach dem Gripen-Nein: Versuch eines Debriefings

Trotz günstigen politischen Rahmenbedingungen ging die Gripen-Abstimmung verloren. Die zu einem beträchtlichen Teil hausgemachten Ursachen für dieses Verdikt müssen offen genannt und die nötigen Lehren im VBS gezogen werden. Keinesfalls dürfen in unserem Land verlorene Volksabstimmungen über sicherheitspolitische Geschäfte zur Normalität werden.

Lorenz Amiet

Seit jeher zeichnen sich erfolgreiche Militärs über eine besonders ausgebildete Gabe zur Selbstreflexion aus. Man lernt aus begangenen Fehlern, um es beim nächsten Mal besser zu tun. Diese Fähigkeit ist nach der verlorenen Abstimmung über das Gripen-Fondsgesetz besonders gefragt.

Getreu dem Grundsatz, dass man zuerst Fehler bei sich selbst suchen soll, bevor man anderen die Schuld zuweist, soll an dieser Stelle selbstkritisch nach jenen Gründen für die Abstimmungsniederlage gesucht werden, welche nicht fremdbestimmt waren.

Keinesfalls geht es hier darum, in einem Anflug von Besserwissertum Sündenböcke zu identifizieren. Vielmehr soll ein kleiner Beitrag dazu geleistet werden, dass jene hausgemachten Fehler, welche dem Gripen das Vertrauen vieler Stimmbürger gekostet haben, bei zukünftigen wehrpolitischen Abstimmungen nicht wiederholt werden.

Günstiges Umfeld konnte nicht genutzt werden

Nicht einmal 66 000 Unterschriften konnten gegen das Gripen-Fondsgesetz gesammelt werden. Der gegen die Beschaffung des F/A-18 gerichteten Initiative vertrauten im Sommer 1992 innert wenig mehr als eines Monats noch fast eine halbe Million Stimmbürger ihre Unterschrift an. Die Kampagne gegen den Gripen startete also vergleichsweise verhalten. Zudem zeigte ausgerechnet in der heissen Phase des Abstimmungskampfes Russlands aggressives Verhalten gegenüber der Ukraine, wie aktuell der Bedarf nach einer glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft auch in Europa nach wie vor ist. Ein Steilpass für die Gripen-Vorlage sollte man meinen.

Dass am gleichen Abstimmungssonntag zudem mehr als drei Viertel der Stimmbürger das linke Anliegen für einen Mindestlohn abschmetterten, zeigt eindeutig, dass die Bürgerlichen am 18. Mai grundsätzlich besser mobilisieren konnten als die Linke. Auch dies hätte dem Gripen eher helfen, denn schaden sollen.

Pleiten, Pech und Pannen

Ohne Zweifel verlief im Abstimmungskampf einiges gegen die Gripen-Befürworter. Dass ein profilierungssüchtiger Botschafter sich völlig unnötigerweise negativ über armeefreundliche Parlamentarier äusserte, war ebenso Pech wie die Tatsache, dass der entsprechende Bericht in Schweden den Weg in die Medien fand.

Nicht nur Pech ist hingegen, dass ausgerechnet drei Monate vor der Abstimmung ein äthiopischer Copilot die in Bern hinlänglich bekannte Tatsache der Weltöffentlichkeit zur Schau stellte, dass die Schweizer Luftwaffe nur zu Bürozeiten fliegt. Seit Jahren fordern Sicherheitspolitiker – seit 2010 sogar per Parlamentsbeschluss – die Einsatzbereitschaft von Kampfjets rund um die Uhr.

Wenn man schon den Luftpolizeidienst als einen der gewichtigsten Gründe für die Existenzberechtigung unserer Luftwaffe nennt, dann durfte der ahnungslose Stimmbürger wohl annehmen, dass diese Polizei Tag und Nacht arbeitet. Dem Abstimmungskomitee gelang es darauf auch nicht, diese Peinlichkeit als Resultat fehlender moderner Flugzeuge zu verkaufen. Die Schlussfolgerung im Volk war: Offenbar ist die Luftpolizei für unsere Sicherheit nicht essentiell. Möglicherweise wurde am 17. Februar 2014 von einem jungen Afrikaner der Gripen-Vorlage der Todesstoss versetzt.

Addiert man medial aufgebauschte Bedeutungslosigkeiten wie einen falsch zitierten Frauenwitz, fehlgeleitete Hoffnungen auf einen Plan B mit möglicherweise besseren Flugzeugen oder das durchaus logisch erklärbare, vor allem indirekt angewendete finanzielle Engagement von SAAB im Abstimmungskampf hinzu, vergrössert sich der Aufwand, um dem Stimmbürger eine teure und nicht unmittelbar sichtbare Staatsaufgabe zu erklären, umso mehr. Diese Aufgabe erfüllte die Kampagne der Befürworter, welche sich überspitzt auf die Aussage «Ohne Gripen keine Sicherheit» reduzieren lässt, jedoch zu keinem Zeitpunkt. Ebenso wenig gelang es den Befürwortern, den Unterschied von bemanntem Fluggerät zu Drohnen zu erklären.

Abstimmungsvergleich F/A-18, Gripen

	F/A-18	Gripen
Rüstungsprogramm Jahr	1992	2012
Beschaffungskredit (CHF)*	4,17 Mia	3,13 Mia
Systempreis pro Flugzeug* (CHF)	123 Mio	142 Mio
Anzahl Flugzeuge	34	22
Stimmbeteiligung (%)	55,6	55,3
Befürworter (%)	57,2	46,6

* Beschaffungskredit F/A-18 indexiert

Falsche Lagebeurteilung, ungenügende Kommunikation

Genauso wie man den Zusammenhang von Luftpolizeidienst rund um die Uhr und Glaubwürdigkeit der Gripen-Vorlage im VBS nicht kommen sah, wurde

von den zuständigen Organen bereits viel früher die Lage falsch beurteilt: Die Schlagworte «Papierflieger» und «IKEA-Flieger», welche die Tatsachen symbolisieren, dass die von der Schweiz zur Beschaffung vorgesehene Version E erst im Entwurf besteht und noch kein Prototyp geflogen ist und dass der Gripen gegen Kampfflugzeuge anderer Hersteller hauptsächlich dank seiner wesentlich tieferen Beschaffungs- und Betriebskosten punktet, blieben während des ganzen Abstimmungskampfes am Projekt haften.

Da war die Welt noch in Ordnung – Schwedischer Gripen D begleitet Schweizer F/A-18 während der Flugerprobung. Bild: Saab

VBS und Parlament haben dabei völlig unterschätzt, dass der Schweizer Stimmbürger an der Urne über eine Grundskepsis verfügt, welche ihn schon in ganz anderen Abstimmungen im Zweifel dazu anhielt, gegen Vorlagen aus Bern zu stimmen. Einem Flugzeugmodell, welches noch nie geflogen ist, traute er nicht. In Anlehnung an die weder zeitlich noch kostenmässig im Plansoll liegenden Beschaffungen von Zügen für die SBB und Regionalflugzeugen für die Swiss, kann auch vom «Bombardier-Effekt» gesprochen werden. Diese Skepsis wurde zusätzlich durch die vom Parlament erzwungenen Nachverhandlungen über die Beschaffungskonditionen befeuert.

Trotz weitverbreiteter Knausrigkeit gegenüber der Armee scheint ein beträchtlicher Anteil der Stimmbürger aufgrund der durch Recherchen der Basler Zeitung publik gewordenen – und nie ernsthaft dementierten oder widerlegten – ungenügenden Resultate der Flugerprobung gegen die Beschaffung gestimmt zu haben.

Um nach dem Vergleich mit Bahn und Zivilluftfahrt auch noch den Individualverkehr zu bemühen: In keinem Land Europas erzielen Automobilhersteller höhere Durchschnittserlöse für ein bestimmtes Fahrzeugmodell als bei uns. Anderswo werden die günstigsten Modelle gekauft, welche die Minimalanforderungen erfüllen. Der Durchschnittsschweizer hingegen leistet sich das beste Auto, welches er sich gerade noch leisten kann oder will.

Beim F/A-18 hatte das Schweizer Stimmvolk gezeigt, dass man bereit war, für das beste Flugzeug Geld auszugeben. 1993 ging es in einer Zeit, in der Europa in der Hoffnung auf ewigen Frieden schwelgte, um wesentlich mehr Geld (siehe Tabelle). Trotzdem unterstützten in praktisch unveränderten politischen Mehrheitsverhältnissen, bei nahezu identischer Stimmbeteiligung und bei einer vergleichbaren sicherheitspolitischen Ausgangslage, 2014 mehr als zehn Prozent weniger Stimmbürger die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen.

Hätte man all jene an Bord gehabt, welche keinen «IKEA-Flieger» wollten, die Abstimmung wäre wohl nicht verlorengegangen. Die These, dass jene Gegner, welche die Kosten als wichtigstes Gegenargument anführen ohnehin nie für ein neues Kampfflugzeug zu gewinnen gewesen wären, scheint hingegen zulässig.

Es ist nicht Thema dieser Abhandlung, ob der Gripen in technischer Hinsicht das geeignete Gerät für unsere Luftwaffe hätte sein können. Innenpolitisch gesehen war er es nicht.

Und die WEA?

Es ist anzunehmen, dass für die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), beflügelt vom ersten Abstimmungserfolg seit ihrer Gründung, die Schwelle zur Lancierung weiterer Plebiszite in Rüstungs- und Armeefragen zukünftig tiefer liegen wird. Umso zentraler wird es deshalb sein, die nächsten Armee-Abstimmungen deutlich zu gewinnen. Es zeichnet sich bereits ab, dass ein absehbares Referendum zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) diesbezüglich den Lackmustest darstellen wird. Korrekterweise hat deshalb Bundesrat Maurer eine Überprüfung der WEA-Vorlagen angeordnet, bevor man diese dem Parlament vorlegen will.

Unbestrittenes, wie die verbesserte Ausbildung der Subalternoffiziere, der Wiederaufbau der Mobilisierungsfähigkeit sowie die angestrebte Vollausrüstung müssen dabei nicht in Frage gestellt werden (vgl. Editorial ASMZ 06/2014).

Kritisierte Vorschläge wie die WK-Dauer oder einzelne Details der Kopfstruktur müssen jedoch dergestalt hinterfragt werden, dass eine unheilige Allianz von rechten und linken Armeekritikern verhindert werden kann. Da man die GSoA und ihre assoziierten Kreise links der Mitte wohl kaum für eine WEA-Abstimmung gewinnen kann, bedeutet dies nichts anderes, als dass VBS und Parlament in diesen Fragen soweit konservativen Kreisen entgegenkommen müssen, dass aus jenem Viertel der Bevölkerung kein wesentlicher Widerstand zu erwarten ist. Nachdem die Übung «Gripen» vom Volk mit dem Urteil «Ungenügend» abgestraft wurde, ist deshalb eine besonders selbstkritische Lagebeurteilung zur WEA angezeigt. ■

Maj i Gst
Lorenz Amiet
Dipl. Masch. Ing. ETH
Geschäftsführer
Keller Swiss Group AG
4058 Basel